

Michael Hartmann

## Wie die Eliten die Demokratie gefährden

Gestatten Sie mir zu Beginn zwei Vorbemerkungen. Erstens: Der Vortrag wird sich nicht mit der Frage beschäftigen, ob Eliten und Demokratie prinzipiell miteinander vereinbar sind. Alle Anwesenden wie auch ihre Kinder und Enkel werden in Gesellschaften leben, die Eliten haben. Ob das immer so bleiben wird, weiß ich nicht. Es kann sein, dass man in 200 oder 300 Jahren sehen wird: Es geht auch ohne Eliten, so wie man heute weiß, dass es Gesellschaften ohne Sklaven oder ohne Adel geben kann. In der Antike oder im Mittelalter war das undenkbar. Zweitens: Eliten sind für mich wie für alle Elitenforscher (ungeachtet sonstiger Differenzen) jene Personen, die qua Amt oder qua Eigentum in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen. Es sind also Regierungsmitglieder, Topmanager, Eigentümer großer Unternehmen, hohe Richter und Verwaltungsbeamte, Intendanten von Fernsehsendern etc.. Bekanntheit ist kein Kriterium für Elitezugehörigkeit, sondern Macht.

Der Titel des Vortrags „Wie die Eliten die Demokratie gefährden“ deutet schon an, dass es um das Handeln konkreter Eliten in einem bestimmten historischen Zeitraum geht. Es geht vorwiegend um die letzten zwei Jahrzehnte, in Großbritannien und den USA um die letzten vier Jahrzehnte. Die Gefahr für die parlamentarische Demokratie, so wie wir sie kennen, besteht für mich in erster Linie im rasanten Aufstieg des Rechtspopulismus in so gut wie allen westlichen Industrieländern. Wie man schon seit längerem in Polen und Ungarn beobachten kann, werden durch seinen Erfolg rechte bis rechtsradikale oder gar faschistoide Positionen beträchtlich gestärkt und gleichzeitig traditionelle Muster der parlamentarischen Demokratie ernsthaft in Frage gestellt. Letzteres betrifft besonders die Gewaltenteilung. Ein Blick nach Großbritannien und in die USA zeigt, dass diese Entwicklung aber nicht länger nur Staaten in Ostmitteleuropa erfasst, sondern mittlerweile auch jene zwei Länder, die über die längste Tradition parlamentarischer Demokratie verfügen. So lässt in den USA nicht nur die Besetzung des zuletzt frei gewordenen Postens am Supreme Court doch erhebliche Zweifel am Prinzip der Gewaltenteilung aufkommen, sondern auch das Agieren der Regierung im Falle Biden und Ukraine. Nicht nur in hier, sondern auch in anderen Fragen missachtet Donald Trump die üblichen demokratischen Vorgehensweisen und findet dafür, das ist sogar noch wichtiger, den Beifall des überwiegenden Teils seiner Wählerschaft. Ähnliches kann man nach der Wahl von Boris Johnson zum neuen Premierminister in Großbritannien beobachten. Mit der faktischen Ausschaltung des Parlaments setzt auch Johnson die traditionellen Prozeduren des britischen Parlamentarismus außer Kraft. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist zu einer ernsthaften Gefahr für die parlamentarische Demokratie geworden und die Eliten sind die Hauptverantwortlichen dafür, wie noch zu sehen sein wird.

Dieser Aufstieg hat sich je nach den politischen Gegebenheiten des jeweiligen Landes dabei in verschiedenen Formen vollzogen. In den meisten Staaten haben rechtspopulistische Parteien wie der Front National, jetzt Rassemblement National, die FPÖ, die

Schwedendemokraten oder die Lega ihre Wählerschaft erheblich vergrößern können. Die meisten dieser Parteien existieren schon länger, manche wie die AfD in Deutschland oder Vox in Spanien sind aber auch erst in den letzten Jahren neu gegründet worden und gleich erfolgreich gewesen. In den Ländern, in denen es wie in Großbritannien und den USA ein uneingeschränktes Mehrheitswahlrecht gibt, sieht das etwas anders aus. Dort haben rechtspopulistische Positionen nicht auf dem Weg über eigene Parteien massiv an Einfluss gewonnen, sondern diesen innerhalb der traditionellen konservativen Parteien der Tories und der Republikaner entscheidend ausgebaut. Mit Trump ist ein rechtspopulistischer Politiker sogar Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei und schließlich Präsident geworden.

## Die wesentlichen Gründe für den Aufschwung des Rechtspopulismus

Für den Aufschwung des Rechtspopulismus gibt es zwei gängige Deutungsmuster, die man verkürzt als kulturalistisch und materialistisch bezeichnen könnte. Bei der kulturalistischen Deutung werden die Ursachen zum allergrößten Teil in der Angst vor Überfremdung oder vor einer Islamisierung Europas, in tief verwurzelten rassistischen Einstellungen oder dem Gegensatz zwischen modernen, kosmopolitischen und traditionellen, national orientierten Milieus gesucht. Bei der materialistischen wird in erster Linie auf die Verschlechterung der Lebensverhältnisse von großen Teilen der Bevölkerung als Grund hingewiesen. Meiner Meinung nach sind beide Erklärungen in dieser Form nicht besonders fruchtbar.

Will man den Ausstieg des Rechtspopulismus verstehen, sollte man stattdessen den Blick auf die zwei Hauptreservoirs in seiner Wählerschaft richten. Das ist zum einen ein traditionell rechtes Milieu mit einem relativ stabilen rechten Weltbild. Diese Menschen haben auch in der Vergangenheit stets rechte Positionen vertreten und mehrheitlich den rechten Flügel der konservativen Parteien unterstützt, teilweise aber auch explizit rechte Parteien gewählt. Das lässt sich am Beispiel Baden-Württembergs gut illustrieren. Dort macht dieses Lager ungefähr ein Zehntel der Wählerschaft aus. Zumeist haben sie die CDU gewählt, bei Landtagswahlen aber schon in den 1960er Jahren der NPD mit fast zehn Prozent zu einem ihrer seltenen Wahlerfolge verholfen, genauso wie in den 1990er Jahren den Republikanern, die zweimal mit knapp bzw. gut zehn Prozent den Einzug in den Landtag schafften. Von den gut 15 Prozent, die die AfD bei den letzten Landtagswahlen 2016 erreichte, dürften zwei Drittel aus diesem Milieu kommen. Das letzte Drittel aber hat einen ganz anderen Ursprung. Das sind Protestwähler, die früher die SPD gewählt haben und von ihr enttäuscht sind, weil sie sie, vor allem wegen der Schröderschen Reformen, für die Verschlechterung ihrer Lebenssituation verantwortlich machen. Die beiden Wahlkreise, in denen die AfD ihre Direktmandate geholt hat, Pforzheim und Mannheim-Nord, zeigen diese zwei höchst unterschiedlichen Erfolgsgründe sehr deutlich. Pforzheim weist seit Jahrzehnten ein überproportional großes rechtes Wählerpotential auf. Schon bei den letzten Wahlen nach der Machtübernahme 1933 holte die NSDAP hier mit über 57 Prozent weit mehr Stimmen als im Reichsdurchschnitt, wo sie es auf knapp 44 Prozent brachte. Dasselbe galt für die Republikaner in den 1990ern, die hier mit 18 Prozent ebenfalls weit überdurchschnittlich erfolgreich waren. Mannheim-Nord war dagegen immer eine SPD-Hochburg. Die NSDAP kam hier auch 1933 nur auf ein Drittel

der Stimmen und für die Republikaner war ebenfalls nicht viel zu holen. Dass der AfD-Kandidat 2016 dennoch gesiegt hat, ist Ausdruck einer Proteststimmung, die sich in erster Linie gegen die SPD gerichtet hat.

So wie in Baden-Württemberg gibt es diese zwei Hauptquellen für die Wahlerfolge der Rechtspopulisten auch in anderen Bundesländern oder anderen Staaten. Das jeweilige Gewicht fällt dabei unterschiedlich aus. So ist der Anteil der Protestwähler in Nordrhein-Westfalen deutlich höher als in Baden-Württemberg und das Gewicht des rechten Stammpotentials entsprechend geringer. Ähnlich fällt die Differenz in Frankreich zwischen den beiden Hochburgen des Front National im Südosten und im Nordosten des Landes aus oder in den USA zwischen den Südstaaten am Golf von Mexiko und den ehemaligen Industriezentren an den großen Seen. Was aber überall gleich ist: Der Erfolg des Rechtspopulismus ist nur möglich durch seine Ausweitung auf eine Wählerschaft, die traditionell eher links orientiert war. Ohne die deutlichen Zuwächse bei früheren demokratischen Wählern in der Arbeiterschaft an den großen Seen hätte Trump beispielsweise nicht siegen können. Wie hier zählen auch in den anderen Ländern die Protestwähler ganz überwiegend zur Arbeiterschaft oder zu den Arbeitslosen. Während die Wähler, die traditionell rechtskonservative bis rechte Einstellungen pflegen, aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung kommen, ist das bei den Protestwählern anders. Der Zuspruch, den die AfD in Deutschland in den letzten Jahren hier erhalten hat, z. B. in Mannheim Nord oder in den nördlichen Teilen des Ruhrgebiets, kommt im Wesentlichen von Arbeitern und Arbeitslosen. Bei der letzten Bundestagswahl hat sie unter ihnen doppelt so hohe Zuwächse erreicht wie in den anderen Bevölkerungsgruppen und mit über 20 Prozent auch einen doppelt so hohen Anteil an Wählerstimmen. Bei den jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen dominiert sie unter den Arbeitern und den Arbeitslosen sogar ganz eindeutig mit einem Anteil von über 40 Prozent. Die Wählerschaft der Rechtspopulisten ist deshalb sozial zwar nicht einheitlich, in der unteren Hälfte der Bevölkerung aber besonders stark vertreten.

Bei dieser Erklärung ist allerdings stets zu berücksichtigen, dass es kein ganz eindeutiges Schwarz-Weiß-Muster gibt, sondern nur einen eindeutigen Schwerpunkt bei den Ursachen. Denn auf der einen Seite führen auch bei Personen aus einem traditionell rechten Milieu materielle Verschlechterungen zu einer spürbaren Radikalisierung der politischen Position, wie man derzeit z.B. in den USA oder Italien beobachten kann. Auf der anderen Seite kann der Rechtspopulismus bei einer erklecklichen Zahl früherer Wähler von SPD, Demokraten etc. an schon vorher vorhandenen, unterschweligen fremdenfeindlichen oder gar rassistischen Einstellungen anknüpfen. Sie waren allerdings im Weltbild dieser Menschen nicht dominant, sondern spielten eindeutig eine untergeordnete Rolle. Das kann sich auf Dauer allerdings verändern. Aus anfänglichen Protestwählern können nach drei, vier Wahlen durchaus Stammwähler werden, die auch die inhaltlichen Positionen des Rechtspopulismus Stück für Stück übernehmen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer

Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist deshalb eng verknüpft mit der neoliberalen Politik, die nahezu alle Eliten in den letzten, je nach Land, zwei bis vier Jahrzehnten durchgesetzt und dann weiter forciert haben. Sie hat überall zu einer deutlichen Zunahme der Einkommens- und Vermögensunterschiede geführt. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist stark gewachsen. Das gilt sowohl für vergleichsweise arme Länder wie Spanien oder Italien als auch für relativ reiche wie die USA, Deutschland oder Schweden.

Diese Feststellung kontrastiert bezogen auf Deutschland deutlich mit der immer wieder von den Medien und von Elitemitgliedern vertretenen Position, es sei den Deutschen noch nie so gut gegangen wie heute. Als Beleg dafür werden dann in der Regel der seit 2005 nur noch wenig veränderte Gini-Index und die steigenden Realeinkommen angeführt. Schaut man sich beide Argumente genauer an, zeigt sich, wie begrenzt ihre Aussagekraft ist. Was die steigenden Einkommen angeht, so ist die Feststellung zwar richtig, sie unterschlägt aber, wie unterschiedlich die Entwicklung je nach Einkommenshöhe ausfällt. Das Medianeinkommen, bei dem jeweils die Hälfte der Bevölkerung mehr oder weniger als diesen Wert erhält, ist seit 1999 um gut acht Prozent gestiegen. Dazu gewonnen haben aber nur die oberen sechs Zehntel der Einkommensbezieher. Vor allem das oberste Zehntel hat massiv zulegen können, um über 22 Prozent. Die folgenden drei Zehntel haben immerhin noch gut elf Prozent dazu gewonnen. In der Mitte entspricht der Zuwachs dem Median. Die unteren vier Zehntel aber haben ihr Einkommen bestenfalls halten können. Die untersten beiden haben sogar deutlich verloren, um mehr als sechs bzw. sogar mehr als 14 Prozent seit 1999 (Grabka et al. 2019: 345f.). Der Medianwert sagt über die unterschiedliche Beteiligung der Einkommensgruppen am generellen Einkommenszuwachs und über die wachsende Ungleichheit nichts aus.

Beim Gini-Index gibt es ebenfalls erhebliche Probleme. Zum einen misst er Veränderungen im mittleren Einkommensbereich zwar sehr gut, bildet solche an den Polen der Einkommensskala aber eher schlecht ab. Nimmt man an seiner Stelle einen in der Wissenschaft für diese Zwecke gebräuchlichen Index, den Theil-Index, würde die Polarisierung der Einkommen in Deutschland seit der Jahrtausendwende gleich doppelt so stark ausfallen wie bei Verwendung des Gini-Index. Außerdem, und das betrifft beide Methoden, leiden alle Erhebungen unter einer mangelnden Repräsentation der sehr hohen Einkommen. Bei der von den meisten Wissenschaftlern wie Medienvertretern genutzten Erhebung, dem jährlich durchgeführten Sozioökonomischen Panel des DIW, verfügt keiner der Befragten trotz einer Sonderstichprobe für sehr hohe Einkommen über mehr als 50 Millionen Euro Vermögen. Damit dürften nur sehr wenige von den 8000 reichsten Deutschen erfasst werden. Die höchsten Einkommen resultieren aber in der Regel aus hohem Vermögen. Je höher man in der Einkommensskala rangiert, umso größer ist der Anteil des Einkommens, das aus Vermögen stammt. Das zeigen zahlreiche wissenschaftliche Studien eindeutig. Ein zugegebenermaßen extremes Beispiel macht das sehr deutlich. Der Vorstandsvorsitzende von BMW, Harald Krüger, zählt mit knapp neun Millionen Euro Gehalt zu den bestbezahlten Managern des Landes. Verglichen mit den beiden Hauptaktionären des Unternehmens, Gabriele Klatten und Stefan Quandt ist er aber eher ein Kleinverdiener. Sie erhielten in demselben Jahr über 1,2 Milliarden Euro Dividende für ihren gut 47prozentigen Aktienanteil. Würden man in den entsprechenden Erhebungen die sehr reichen Deutschen mit erfassen – allein die 100 reichsten haben ein Vermögen von über einer halben Billion Euro, d.h. um die

acht Prozent des Geldvermögens hierzulande -, fielen die Einkommensunterschiede sehr viel größer aus. Dann würde sich bemerkbar machen, dass Deutschland zu den Ländern mit der größten Vermögenungleichheit zählt. Unter den Industriestaaten belegt es in dieser Beziehung stets einen der ersten drei Plätze. Allein auf das oberste Prozent entfällt ein Drittel des Gesamtvermögens, auf die oberen zehn Prozent fast drei Viertel (Westermeier/Grabka 2015: 131). Seit 2000 ist die Zahl der Privatiere, d.h. derjenigen, die allein von den Erträgen ihres Vermögens leben, folgerichtig um fast 70 Prozent gestiegen, von 372.000 auf 627.000.

Zwei weitere gravierende Probleme resultieren nicht aus der Methodik, sondern aus der Beschränkung auf die verfügbaren Einkommen. Diese sagen nämlich nur eingeschränkt etwas über die reale Lebenswirklichkeit der Menschen aus. Das hat einen einfachen Grund. Das verfügbare Einkommen sagt nur etwas darüber aus, über wieviel Geld man verfügen kann, nicht zwangsläufig aber auch etwas darüber, was man für dieses Geld kaufen kann. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, wie von der ersten Merkel-Regierung 2006 beschlossen, ändert am verfügbaren Einkommen nichts, wohl aber etwas am davon zu finanzierenden Lebensstandard. Um ihn angemessen erfassen zu können, ist die Berücksichtigung der indirekten Steuern deshalb unumgänglich. Sie belasten niedrige Einkommen aber ungleich stärker als hohe. Während beim oberen Zehntel der Einkommensbezieher fast ein Viertel des Bruttoeinkommens für direkte Steuern aufgewendet werden muss, aber nur gut sechs Prozent für die indirekten, sieht es beim unteren Zehntel fast genau umgekehrt aus. Zwar geht hier so gut wie nichts für direkte Steuern weg, aber dafür fast ein Viertel des Einkommens für indirekte (Bach et al. 2016: 60). Deshalb ist das Argument, das obere Zehntel zahle mehr als die Hälfte der Steuern, auch irreführend. Es zahlt zwar über die Hälfte der Einkommenssteuern, aber keineswegs einen auch nur annähernd gleich hohen Anteil bei den indirekten Steuern. Diese machen am gesamten Steueraufkommen aber einen nahezu genauso großen Prozentsatz aus wie die direkten Steuern. Welche Bedeutung den indirekten Steuern zukommt, lässt sich schön am Beispiel der Tabaksteuer illustrieren, die mehrheitlich von den Rauchern in der unteren Hälfte der Bevölkerung gezahlt wird. Obwohl sie aufgrund der abnehmenden Zahl an Rauchern ständig zurückgeht, nahm der deutsche Staat mit ihr 2018 immer noch über 14,3 Milliarden Euro ein. Das ist mehr als die vor allem von Wohlhabenden und Reichen aufzubringenden Steuern auf Vermögenerträge und Erbschaften. Die Abgeltungssteuer erbrachte 2018 knapp 6,9 Milliarden und die Erbschaftsteuer gut 6,8 Milliarden, zusammen also etwas über 13,7 Milliarden.

Neben den Auswirkungen der indirekten Steuern bleibt bei der ausschließlichen Konzentration auf die verfügbaren Einkommen noch ein zweiter wichtiger Faktor unberücksichtigt. Die besonders in den Ballungsräumen drastisch gestiegenen Miet- und Immobilienkosten schlagen sich in den verfügbaren Einkommen ebenso wenig nieder wie die Mehrwertsteuer. Faktisch haben sie aber einen massiven Einfluss auf den Lebensstandard der Betroffenen. Dabei zeigt sich, dass ihre Wirkung für die einzelnen Bevölkerungsteile höchst unterschiedlich ausfällt. Sie forciert die Polarisierung der Lebenslagen erheblich. So ist der Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen beim oberen Fünftel der Einkommensbezieher zwischen 1993 und 2013 von 16 auf nur noch 14 Prozent gesunken, ein Resultat vor allem der stark zurückgegangenen Zinsbelastungen für Immobilienkredite. Beim

unteren Fünftel sieht es dagegen völlig anders aus. Bei ihnen hat sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Wohnkosten von 27 auf 39 Prozent erhöht (Dustmann et al. 2018: 2).

Die Eliten tragen mit ihrer Politik die Hauptverantwortung

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist in erster Linie auf politische Entscheidungen zurückzuführen, die alle Bundesregierungen seit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister 1999 im Rahmen ihrer neoliberalen Politik getroffen haben. Die zentralen Entscheidungen betreffen zum einen die Arbeitsmarktpolitik, zum anderen die Steuer- und Finanzpolitik. Auf dem ersten Feld hat die unter Gerhard Schröder verabschiedete Agenda 2010 nicht nur die Einkommenssituation von Arbeitslosen deutlich verschlechtert, sondern, was mindestens genauso wichtig ist, zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors geführt. Seit Jahren umfasst er knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen, in den neuen Bundesländern sogar jeden dritten Vollzeitbeschäftigten. Damit belegt Deutschland diesbezüglich in Europa einen Spitzenplatz. Über 2,5 Millionen Menschen müssen mehr als einem Job nachgehen, um über die Runden zu kommen, fast 3,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte, d.h. knapp 16 Prozent aller in Vollzeit tätigen Beschäftigten, verdienen weniger als 2000 Euro brutto und jeder 13. Erwerbstätige zählt mittlerweile sogar zu den Working Poor, bleibt also trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsschwelle.

Während die unteren Einkommen durch die Agenda 2010 massiv unter Druck geraten sind, sieht es am entgegengesetzten Ende der Einkommensskala völlig anders aus. Die hohen Einkommen und Vermögen sind vor allem durch steuerpolitische Beschlüsse stark begünstigt worden. So wurde in der Regierungszeit von Schröder nicht nur der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt, sondern zugleich auch die Körperschaftsteuer von 40 auf 25 Prozent. Allein die Entscheidungen bis 2005 sorgten bei den Reichen für enorme Steuersenkungen. Bei den 450 reichsten Deutschen sank die reale Steuerbelastung in diesem Zeitraum von gut 43 auf nur noch 31 Prozent, bei den 46 reichsten Deutschen sogar von gut 48 auf nur noch knapp 29 Prozent (Bach et al. 2011: 14, 22). Für diese 46 bedeutete das, dass sie im Durchschnitt knapp 34 Millionen Euro Steuern weniger zahlen mussten als nach den Regeln des Jahres 1999. Zu den Steuersenkungen unter Schröder kam dann in der ersten großen Koalition unter Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück noch die Einführung der Abgeltungssteuer. Sie sorgte dafür, dass Vermögenserträge nicht mehr mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden mussten, sondern nur noch einer Pauschalsteuer von 25 Prozent unterworfen waren. Für alle, deren individueller Steuersatz höher lag, war das eine deutliche Ersparnis. Außerdem wurde kurz vor dem Ende der Regierungszeit 2009 noch ein Gesetz verabschiedet, das die Vererbung von Familienunternehmen weitgehend steuerfrei stellte, die Übertragung auch sehr großer Vermögen also fast ohne Abstriche ermöglichte. Für die Vermögenskonzentration stellte dieses Gesetz einen weiteren Schub dar.

Neben den steuerpolitischen Beschlüssen gab es noch eine weitere Entscheidung, die die Wohlhabenden und Reichen stark begünstigte. Das war die Deregulierung der Finanzmärkte unter Finanzminister Hans Eichel. Gleich zu Beginn sorgte die völlige Steuerbefreiung von

Veräußerungsgewinnen bei den Anteilseignern von Kapitalgesellschaften für zusätzliche Gewinne. Da die Gesellschaften ihre Anteile an anderen Kapitalgesellschaften nun steuerfrei veräußern konnten, fielen allein bei den Finanzkonzernen Extragewinne von über 25 Milliarden Euro an, die sie dann an ihre Aktionäre verteilen konnten. Die ein Jahr später beschlossene Öffnung des deutschen Kapitalmarkts für Hedge-Fonds veränderte die Landschaft noch einmal spürbar. Vor allem die Dividendenpolitik der börsennotierten deutschen Unternehmen glich sich Stück für Stück der in den angelsächsischen Ländern an. Ein zunehmend größerer Teil der Gewinne wurde jetzt an die Aktionäre ausgeschüttet. Lag die Gesamtsumme der von den 30 DAX-Konzernen ausgeschütteten Dividenden 2002 noch bei gut zehn Milliarden Euro, waren es 2018 schon über 36 Milliarden. All das kommt zum allergrößten Teil den Beziehern hoher Einkommen zugute, da sie die überwiegende Masse der Aktien ihr Eigen nennen können.

Die durch diese Entscheidungen vorangetriebene Spaltung bei Einkommen und Vermögen wurde durch Beschlüsse bei den indirekten Steuern wie vor allem die Mehrwertsteueranhebung von 16 auf 19 Prozent Anfang 2007 noch weiter verstärkt. Alle steuerpolitischen Entscheidungen zusammen genommen, ist die Steuerbelastung des oberen Zehntels zwischen 1998 bis 2015 um über zwei Prozent gesunken, für das oberste Prozent sogar um fast fünf Prozent. Gleichzeitig ist sie für das untere Zehntel um über fünf Prozent gestiegen (Bach et al. 2016: 60, 65, 67). Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hat in der Steuer- und Finanzpolitik der verschiedenen Bundesregierungen seit Ende den 1990er Jahre eine, wenn nicht die entscheidende Ursache.

### Die neoliberale Wende und die soziale Rekrutierung der Eliten

Eine ganz entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung der neoliberalen Wende seit den 1980er Jahren bestand in einer durchgreifenden Veränderung der sozialen Rekrutierung der Eliten, in erster Linie der in der Politik. Wie stark die von der politischen Elite eines Landes verfolgte Politik in den Bereichen Steuern, Finanzen, Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat von ihrer sozialen Rekrutierung geprägt wird, zeigen neuere Studien über das Verhalten der Abgeordneten des US-Kongresses. Für unterschiedliche Zeiträume zwischen 1901 und 2008 kommt z.B. Carnes zu dem Ergebnis, dass die Klassenzugehörigkeit der Abgeordneten entscheidend sei für ihr Abstimmungsverhalten bei ökonomischen und sozialen Fragen. Er fasst seinen generellen Befund folgendermaßen zusammen: „Eine Regierung durch die Upper Class befördert Regieren zugunsten der Upper Class“ (Carnes 2013: 136).

Denselben Zusammenhang kann man auch bei der Durchsetzung der neoliberalen Politik unter Thatcher und Reagan wie später unter Schröder erkennen. In allen drei Fällen nahm die soziale Exklusivität der politischen Elite deutlich zu. Beim Wechsel von Callaghan zu Thatcher verschwanden sämtliche Arbeiterkinder aus dem Kabinett und die Kinder aus Upper und Upper Middle Class stellten nun vier Fünftel statt wie zuvor nur knapp ein Drittel der Kabinettsmitglieder. Beim Wechsel von Carter zu Reagan war es nahezu dasselbe, mit einer

Steigerung von einem Viertel auf drei Viertel. In Deutschland war die Veränderung zunächst nicht so drastisch. Allerdings gab es hier auch keinen Wechsel hin zu einer konservativen Regierung wie in Großbritannien und den USA, sondern im Gegenteil den von einer konservativen zu einer rot-grünen. Man hätte also mit einer sozialen Öffnung der politischen Elite rechnen müssen, zumal der Anteil von Bürger- und Großbürgerkindern an der Gesamtbevölkerung durch die ehemaligen DDR-Bürger spürbar zurückgegangen war. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Schon unter Schröder stellte diese kleine Bevölkerungsgruppe schließlich die Hälfte statt des in der alten Bundesrepublik üblichen guten Drittels der Kabinettsmitglieder. In der großen Koalition unter Merkel wurden die Verhältnisse dann endgültig auf den Kopf gestellt. Arbeiter- und Mittelschichtkinder bildeten nur noch eine Minderheit von nicht einmal 30 Prozent im Kabinett. Es dominierten ganz eindeutig die in bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien aufgewachsenen Politiker, obwohl ihr Herkunftsmilieu in der Vätergeneration nicht mehr als vier Prozent der Bevölkerung ausmachte. Damit rückte die politische Elite in ihrer Zusammensetzung ganz nahe an die sozial immer schon sehr exklusive wirtschaftliche Elite und die ebenfalls deutlich exklusiveren Eliten aus Justiz und Verwaltung heran. Sie rekrutieren sich traditionell zu vier Fünfteln bzw. zwei Dritteln aus bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien (Hartmann 2018: 98 ff., 138 ff.).

Die Veränderung in der sozialen Rekrutierung der politischen Elite ist deshalb so wichtig, weil Menschen in der Regel umso entschlossener handeln und umso überzeugter wirken, je mehr sie selbst von etwas überzeugt sind. Das gilt besonders für Steuer- und Verteilungsfragen. Wie prägend die soziale Herkunft gerade hier ist, hat unsere Studie über die Inhaber der 1000 wichtigsten Machtpositionen von 2012 eindeutig gezeigt (Hartmann 2013). Schon bei der Bewertung sozialer Ungleichheit ist das unübersehbar. Während die Arbeiterkinder unter den Eliteangehörigen mit einer klaren Mehrheit von über zwei zu eins die sozialen Unterschiede in Deutschland als ungerecht beurteilen, sind die Großbürgerkinder mit nahezu derselben Mehrheit entgegengesetzter Meinung. Noch deutlicher wird die Differenz dort, wo es dann um die daraus abzuleitenden praktischen Folgerungen geht. Höhere Steuern für hohe Einkommen und Vermögen befürworten fünf von sieben Arbeiterkindern, aber nur zwei von elf Großbürgerkindern. Am stärksten fällt die Ablehnung bei jenen aus, die in reichen Familien groß geworden sind. Sie plädieren mit einer Mehrheit von fast acht zu eins gegen solche Maßnahmen.

Selbst jene, die die wachsende soziale Ungleichheit als Problem ansehen, sind in der Regel gegen eine höhere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen. Das habe ich erst letzte Woche bei einem öffentlichen Streitgespräch wieder erlebt. Mein Gegenpart, Spross einer der bekannten, alteingesessenen großbürgerlichen Familien des Landes – er selbst Vorstand eines großen Mittelständlers, sein Vater Vorstand eines DAX-Unternehmens, sein Onkel langjähriges Mitglied der Bundesregierung und unter den Großvätern, Urgroßvätern etc. stets Mitglieder der Eliten –, machte persönlich einen netten, umgänglichen, überhaupt nicht arroganten, ja sympathischen Eindruck. Er sorgte sich auch wirklich um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Als die Diskussion aber auf das Thema Erbschaftsteuer zu sprechen kam, war es mit dem Verständnis vorbei. Dann kamen auch von ihm nur all die hinlänglich bekannten Gegenargumente, warum das zum Ruin der Unternehmen und zum



Verlust von Arbeitsplätzen führen werde etc.. Auch wenn man viele dieser Argumente relativ leicht durch Fakten entkräften kann, blieb die Position unverändert. Beim Geld endet das soziale Mitgefühl dann doch oft.

Bei den Spitzenpolitikern gab es in unserer Untersuchung 2012 sogar ein Schwarz-Weiß-Schema. Von denen, die in Arbeiterfamilien aufgewachsen sind, ist niemand gegen Steuererhöhungen, von denen, die in großbürgerliche Familien hinein geboren worden sind, niemand dafür. Das ist völlig unabhängig von der Parteimitgliedschaft. Selbst bei Topmanagern spricht sich unter den Arbeiterkindern eine knappe Mehrheit von drei zu zwei für eine Anhebung der Steuern aus, während ihre Kollegen mit großbürgerlichem Hintergrund mit einer eindeutigen Mehrheit von sechs zu eins dagegen sind (Hartmann 2018: 178f., 195f.). Soziale Herkunft bestimmt ganz unübersehbar die Einstellung der Elitemitglieder zu Verteilungsfragen, allerdings nur im statistischen Sinne, nicht in jedem Einzelfall, wie das Beispiel Gerhard Schröder zeigt.

Von besonderer Bedeutung für die Grundausrichtung der Politik, soweit es die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft angeht, ist immer das Finanzministerium. Hier werden alle wesentlichen Entscheidungen in der Steuerpolitik vorbereitet und später in konkrete Gesetze gegossen. Deshalb findet man in diesem Ministerium besonders häufig Bürger- und Großbürgerkinder, speziell in den Phasen, in denen die neoliberale Wende durchgesetzt wurde. Unter Thatcher war das beispielsweise Geoffrey Howe, an Privatschulen und in Cambridge ausgebildeter Sohn eines wohlhabenden Anwalts, unter Reagan James Baker, ebenfalls Sohn eines reichen Anwalts und Princeton-Absolvent. In Deutschland ist das Finanzministerium nach dem Rücktritt des sozialen Aufsteigers Lafontaine nacheinander von den Architektensöhnen Eichel und Steinbrück, dem Steuerberatersohn Schäuble und dem Managersohn Scholz geführt worden. Auch bei den beamteten Staatssekretären bietet sich ein ähnliches Bild. Während die zwei zentralen Staatssekretäre unter Lafontaine, Noe und Flassbeck, ebenfalls aus einfachen Verhältnissen stammten, wurden sie unter Eichel sofort durch den Arztsohn Zitzelsberger und den Plantagenbesitzersohn Koch-Weser ersetzt. Ihnen folgten durchweg weitere Bürgerkinder wie etwa der Diplomatensohn Mirow oder der Akademiker- und Unternehmersohn Gatzer, der 2005 von Steinbrück geholt worden ist und auch aktuell dieses Amt bekleidet. Auffällig ist zudem, dass die Mehrheit der Staatssekretäre zuvor (und noch häufiger nachher) hohe Positionen in der Wirtschaft bekleidet hat. Zitzelsberger leitete vorher die Steuerabteilung der Bayer AG, Koch-Weser war Vizepräsident der Weltbank, Mirow Berater der Warburg-Bank und bei Ernst&Young, Nawrath Manager bei der Deutschen Börse und der aktuelle Staatssekretär Kukies Deutschland-Chef von Goldman Sachs.

Soziale Herkunft und berufliche Laufbahn des Spitzenpersonals erklären auch, warum die Finanzpolitik den Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäften so lange tatenlos zugesehen und Steuerhinterziehung über lange Jahre hinweg nur halbherzig verfolgt hat. Man hat für die dahinter stehende Mentalität herkunfts- und berufsbedingt vergleichsweise viel Verständnis. Wer in dem Haushalt eines traditionellen akademischen Freiberuflers oder eines größeren Unternehmers aufgewachsen ist, dem ist quasi von Kindesbeinen an ein Dreisatz an

Wahrheiten vertraut, der so lautet: Der Staat nimmt uns viel zu viel von unserem hart erarbeiteten Geld weg, er kann damit nicht umgehen und deshalb sollte man ihm möglichst wenig davon geben. Steuerhinterziehung wird aus dieser Sicht dann so etwas wie Notwehr. War man danach noch in der Finanzbranche in führender Stellung tätig, hat sich diese Haltung in der Regel weiter verfestigt.

Die Rekrutierung für die Spitzenpositionen in den für Finanzfragen zuständigen Oberbehörden des Bundes wie vor allem in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist der in den Finanzministerien vergleichbar. Aktuell ist hier ein Fall besonders brisant. Die neue Vizepräsidentin der BaFin, Elisabeth Roegele, hat in vorherigen Stellung als Chefjustiziarin der Dekabank nicht nur die Cum-Ex-Geschäfte ihrer Bank als juristisch unbedenklich beurteilt, sondern nach der Weigerung der Finanzämter, die als Steuererstattung beantragten 53 Millionen Euro an die Bank zu überweisen, dagegen auch noch Rechtsmittel bis hin zur Klage eingelegt. Es ist zumindest fraglich, ob sie diese Vergangenheit beim Wechsel in ihr neues Amt einfach aus dem Kopf streichen kann. Dass die Haltung, die in der Finanzbranche in den letzten Jahrzehnten geherrscht hat, ohne bleibende Folgen für die dort in Toppositionen tätigen Personen geblieben ist, darf wohl bezweifelt werden. Wenn nun so gut wie alle für diesen Bereich zuständigen hohen Bundesbehörden von Menschen geleitet werden, die in diese Kategorie fallen, ist das, vorsichtig formuliert, nicht unproblematisch, gerade wenn es um die Verfehlungen der Branche in der Vergangenheit wie Cum-Ex und die erforderlichen vorbeugenden Maßnahmen geht. Diese illegalen Geschäfte aber sind zum größten Teil im Auftrag reicher oder sehr reicher Individuen oder Familien betrieben worden. Auch hier haben dieselben Bevölkerungskreise von der Rekrutierung des Spitzenpersonals profitiert wie bei den steuerpolitischen Beschlüssen.

Die Abgehobenheit der Eliten begünstigt die Fortsetzung der neoliberalen Politik

Das unbeirrte Festhalten an der neoliberalen Politik trotz der erkennbaren Folgen für die Spaltung der Gesellschaft und trotz der Finanzkrise 2008/2009 hat eine, wenn nicht die entscheidende Erklärung darin, dass die Elitenangehörigen selbst ausnahmslos zu den Gewinnern der Entwicklung zählen und nicht zu ihren Opfern. Das gilt selbst dann, wenn man den Kreis sehr weit zieht und selbst einfache Bundestagsabgeordnete dazu rechnet. Auch dann gehören sie alle zum obersten Prozent der Einkommensbezieher. Nimmt man nur die tatsächliche Elite von ungefähr 4000 Personen in den Blick, dann trifft das erst recht zu. Die eigene Lage tritt als dritter Faktor zu sozialer Herkunft und beruflicher Laufbahn noch hinzu.

Wie sehr diese Faktoren den eigenen Blick auf die Gesellschaft und die eigene Position in ihr prägen, zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit. Als der CDU-Politiker Friedrich Merz sich trotz eines Einkommens von einer Million pro Jahr selbst als Angehörigen der oberen Mittelschicht bezeichnete, war das Rauschen im Blätterwald beträchtlich. Allgemein herrschte Unverständnis vor und die Ansicht, diese Äußerung sei politischem Kalkül entsprungen. Dabei war es weniger politische Kalkül als eine durch Herkunft und eigene Lage bestimmte Weltsicht. Merz bewegte sich als Spross einer alteingesessenen Juristenfamilie bereits seit

Kindesbeinen im bürgerlichen Milieu und gehört durch seine vielfältigen, gut honorierten Tätigkeiten für Unternehmen wie AXA, Deutsche Börse, Flughafen Köln-Bonn oder Blackrock inzwischen auch zu den Reichen dieses Landes. Mit seinem Einkommen zählt er zu den gut 20.000 Topverdienern, die jährlich eine Million oder mehr verdienen, und allein der Börsengang des Schweizer Zugbauers Stadler hat ihm 2019 fast sechs Millionen Euro Gewinn beschert. Er findet das aufgrund seines ähnlich vermögenden Umfeldes als relativ normal. Ich selbst habe in Privatgesprächen Menschen mit zweistelligen Vermögen erlebt, die sich ebenfalls ganz selbstverständlich als Angehörige der Mittelschicht bezeichneten, weil Reichtum für sie erst ab einem dreistelligen Millionenvermögen beginnt. So verzerrt die eigene Lage den Blick.

Das gilt auch für die Manager, die sich schnell an ihre enorm gestiegenen Gehälter gewöhnt haben. Sie alle haben davon profitiert, dass sich die Gehälter der DAX-Vorstände in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verfünffacht, seit Mitte der 1980er Jahre sogar verzehnfacht haben. Statt des 14fachen wie noch Mitte der 1990er kommen sie heute auf das, je nach Einbeziehung verschiedener Gehaltskomponenten, 54- bis 71fache des Einkommens, das die Beschäftigten ihrer Unternehmen im Durchschnitt erhalten. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, dass der Vorstandsvorsitzende der Allianz, mit mehr als zehn Millionen Euro 2018 der am zweitbesten bezahlte DAX-Vorstandschef, in einem Interview mit der Zeit Ende 2018 kurz und bündig formulierte: „Gerechtigkeit ist für mich ein marxistischer Begriff“. Er entsorgte damit nicht nur ganz nonchalant zweieinhalb Jahrtausende europäische Geistesgeschichte, sondern offenbarte in seltener Offenheit jene Haltung, die in diesen Etagen mehrheitlich vertreten wird, in der Regel allerdings nur im kleinen Kreis. Wie sehr sich die Dimensionen in der Wirklichkeit und in der Beurteilung derselben innerhalb der letzten Jahrzehnte verändert haben, demonstrierte Daniel Cohn-Bendit eindrücklich in einem Interview mit Spiegel Online Ende 2018. Er erinnerte dabei an die Verhandlungen 1968, in denen die Gewerkschaften eine Spanne von maximal dem Fünffachen zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Gehalt gefordert hätten und die Arbeitgeber demgegenüber für das Achtfache plädiert hätten. Für heutige Verhältnisse wirken selbst die Forderungen der Arbeitgeber wie aus einer anderen Welt; denn die Gehälterexplosion beschränkt sich nicht auf die Großkonzerne, Sie hat auch für die Spitzenpositionen in weniger großen Unternehmen und in anderen Organisationen wie etwa den Fernsehanstalten, den Krankenkassen oder der GIZ einen Sogeffekt gehabt. Alle haben enorme Zuwächse erfahren.

Ein Politikwechsel ist möglich

Obwohl, wie das Beispiel Gerhard Schröder zeigt, die Herkunft aus einem Arbeiterhaushalt keine Garantie dafür bietet, dass ein Elitenangehöriger eine ablehnende Haltung neoliberalen Ansichten gegenüber einnimmt, stellt eine tiefgreifende soziale Öffnung der Eliten dennoch einen entscheidenden Baustein für eine positive Veränderung dar. Der zweite entscheidende Baustein ist eine grundlegende Kehrtwende in der Grundausrichtung der Politik. Der neoliberale Kurs der letzten Jahrzehnte muss beendet und die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen werden. Das Komplizierte daran ist, dass beide Wechsel einander bedingen und daher gleichzeitig auf den Weg gebracht werden müssen. So schwierig das auch sein mag, es

ist nicht unmöglich. Das zeigt die aktuelle Entwicklung in den USA. Mit Warren und Sanders haben dort zwei nach europäischen Maßstäben klassisch sozialdemokratisch ausgerichtete Personen die Chance, als Präsidentschaftskandidat für die demokratische Partei nominiert zu werden. Außerdem haben in zwei der größten Städte des Landes aus Arbeiterfamilien stammende Politikerinnen der Demokraten entgegen alle Erwartungen ihre etablierte Konkurrenz aus der eigenen Partei und die konservativen Gegner aus der republikanischen Partei geschlagen. Sowohl die neue Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez in New York als auch das neue Stadtoberhaupt Chicagos, Lori Lightfoot, haben sich dabei mit einem explizit linken Programm gegen die vom demokratischen Parteiapparat massiv unterstützen innerparteilichen Gegenkandidaten durchgesetzt. Es war die Übereinstimmung von Person und Programm, die in beiden Fällen die Mehrheit der Wähler überzeugt hat. Diese Übereinstimmung, das zeigt auch die nach wie vor anhaltende Popularität von Bernie Sanders, ist der Schlüssel zu einer anderen Politik, die die soziale Ungleichheit wieder spürbar reduziert statt sie wie bisher immer weiter zu vergrößern.

Das würde auch positive Auswirkungen auf die politische Abstinenz großer Teile der Jugend haben. Wie die vielfältigen und umfassenden Aktivitäten junger Menschen in den Wahlkämpfen für Ocasio-Cortez, Lightfoot, Sanders und Warren zeigen, ist die Bereitschaft zum politischen Engagement bei jungen Menschen durchaus da, wenn sie wissen, wofür, und es sich wirklich zu lohnen scheint. Das gilt auch für die Mitgliedschaft in Parteien, wie man an der Labour Party sehen kann. Wurde sie unter Blair und Brown von 560.000 auf nur noch 160.000 Mitglieder geradezu dezimiert, hat sie unter Corbyn fast wieder den alten Stand erreicht. Es sind vor allem junge Leute, die massenhaft in die Partei eingetreten sind. Von genereller Politikmüdigkeit der Jugend kann als genauso wenig die Rede sein wie von genereller Parteiverdrossenheit.

#### Literatur:

Bach, Stefan/Corneo, Giacomo/Steiner, Viktor (2011): Effective taxation of top incomes in Germany. FU Berlin, School of Business & Economics, Discussion Paper 18/2011

Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Steiner, Viktor (2016): Wer trägt die Steuerlast? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Abgabensystems. DIW Politikberatung kompakt 114

Carnes, Nicholas (2013): White-collar Government: The Hidden Role of Class in Economic Policy Making. Chicago

Dustmann, Christian/Fitzenberger, Bernd/Zimmermann, Markus (2018): Housing Expenditures and Income Inequality. CReAM Discussion Paper Series 16/18

Grabka, Markus M./Goebel, Jan/Liebig, Stefan (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht 19/2019, S. 344-353

Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit. Kein Thema für die Eliten? Frankfurt a. M.

Hartmann, Michael (2018): Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Frankfurt a. M.

Westermeier, Christian/Grabka, Markus M. (2015): Große statistische Unsicherheiten beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland. DIW-Wochenbericht 7/2015, S. 123-132